

29. JAN. 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. KV III, 2a

Bonn, den 29. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Am schwarzen Montag in Berlin</u> Erinnerungen an Deutschlands dunkelsten Tag Von Jakob Altmeyer, MdB	98
2a	<u>Als Ersatz Franco-Spanien ?</u> Bemerkenswerte französisch-spanische Aktivität	32
3 - 4	<u>Alles wohlbestellt ?</u> Kieler Regierungskrise in Permanenz	59
5 - 6	<u>Taktik oder Neuorientierung ?</u> Die Deutschlandpolitik Belgrads Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	59

Chefredakteur Günter Markscheffel

i. V. Albert Exler

Am schwarzen Montag in Berlin

Erinnerungen an Deutschlands dunkelsten Tag

Von Jakob Altmaier, MdB

Wer könnte ihn je vergessen, der ihn in der Reichshauptstadt miterlebt hat, diesen 30. Januar 1933, den schwarzen Montag, den tragischsten und unheilvollsten, den es in der Geschichte des deutschen Volkes und Europas gegeben hat?

Gemessen an der Jahreszeit fing er sehr schön an. Gestern hatte es geregnet. Heute war es mild und trocken, als Zehntausende von Sozialdemokraten und Reichstagsabgeordneten im Lustgarten für die Demokratie demonstrierten und dem später ermordeten Reichstagsabgeordneten Franz Künstler zujubelten. Sonne brach durch die Wolken und vergoldete die Paläste der Wilhelmstrasse. Auffällig, wie belebt sie bereits in den Morgenstunden war. Zwischen der Leipziger Strasse und Unter den Linden stand doch kein Geschäftshaus, war kein Laden, nichts als Regierungsgebäude. Was gab es da anderes zu sehen als Beamte mit ihren Aktentaschen, Wachtposten, fremde Diplomaten, Berlinbesucher und einige Dienstwagen? Anders an diesem 30. Januar. Die Strasse mit der Reichskanzlei, in der noch General v. Schleicher als Reichskanzler residierte, mit dem Palais des Reichspräsidenten Hindenburg, mit dem Auswärtigen Amt, mit dem Prinz-Albrecht-Palais, dem Reichspresseamt: es wimmelte von Menschen und Bummlern, die auf und ab zogen. Gar erst vor dem mächtigen Bau des Hotels Kaiserhof, das Hitler zu seinem Hauptquartier erwählt hatte. Drinnen tummelten sich Scharen von Journalisten und schwarzgestiefelte SS-Gardisten. Draussen Haufen von Frauen und SA-Männern in Zivil. Drinnen der Kazi-Adel, draussen die SA-Schläger und Pöbejer. Vor ihnen eine Kette von Polizisten. Ein südlich aussehender Journalist fliegt durch die grosse Drehtür. "Judenlämmel" brüllt es ihm entgegen. Die Polizei hat Mühe, ihn vor den Schirmen und Fäustern zu schützen. Immer dichter wird die Menge, die jetzt belohnt wird. Ohrenbetäubendes "Heil-Hitler"-Rufen. Eine Mercedes-Limousine fährt vor, Hitler erscheint und rast mit seinen Paladinen zum Präsidentenpalais. Sind die seit gestern schwirrenden Gerüchte doch wahr: "Schleicher entlassen - der Führer an der Macht"? Eugen Berg, der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei und Oberst Düsterberg von Stahlhof, die Karlsruher Front kommt an. Die Wilhelmstrasse ist schwarz von Menschen.

Unter den Linden wird Illsteins "B.Z.", das grosse Berliner Mittagsblatt ausgerufen. Kein Wort von Schleichers Abgang, der sich in dieser Stunde in einer grausigen Komödie vollzieht. Der altersschwache Hindenburg, der kurz vorher den "böhmischen Gefreiten" kaltschnäuzig abfahren liess, an diesem Tag unterliegt der Greis dem Intrigantenspiel seines Sohnes und des Herrn von Papen. Später erst und viel zu spät erfahren wir, was sich um diese Mittagszeit zum Unheil Deutschlands im Präsidentenpalais abgespielt hat.

Berlin steht Kopf

"Für die Reise nach Jerusalem" gröhlt es Unter den Linden, in der Leipziger Strasse, in der Friedrichstrasse aus den SA-Kehlen, die mit Koppel und Sammelbüchsen an allen Ecken stehen und mit dem Geld in den Blechdosen klinkern. Flugblätter werden verteilt. Balkenüberschrift: "Die Juden wollen Hitler ermorden" - "Ein Teufelsplan der jüdischen Geld-Internationale". Neben mir stehen zwei alte schwarzgekleidete Frauen und wischen sich die Tränen aus den Augen. "Dafür habe ich im Krieg meine zwei Jungen geopfert", weint die eine. "Judensau" ruft ihr ein BüchSENSAMMLER zu. Neu-Ausgabe der "B.Z.", die Abendblätter folgen frühzeitig: "Hitler zum Reichskanzler ernannt". Berlin steht Kopf. Die Menschen reißen die Zeitungen aus den Händen der Verkäufer. Johlende Massen in der Wilhelmstrasse. In den Hauptstrassen leeren sich die Büros. Der Verkehr braust. Stumm und still gehen die Menschen in die Restaurants als sei ihnen ein Hammer auf den Kopf gefallen. "So war es auch beim Kapp-Putsch", meint einer. "Es wird nicht lange dauern". Die Wolken am Himmel werden dichter.

Die Nacht zieht herauf. Goebbels hat seinen Gau Berlin mobilisiert. Geführt von fackelschwenkenden SA-Leuten ziehen Zehntausende von fanatischen und singenden Hitleristen durch die Potsdamer Strasse. Es flutet durch die Charlottenburger Chaussee und alle Hauptadern der Reichshauptstadt. Zehntausende bilden Spalier, stundenlang und stundenlang marschiert es, singt es und gröhlt. Wie endlose Lichtwürmer schiebt es sich durch das Brandenburger Tor, zur Wilhelmstrasse, zum Reichskanzlerpalais. In einem Fensterrahmen steht Hitler in Nazi-Uniform; neben ihm, in Zivil, der Generalfeldmarschall und Reichspräsident.

... bei Göring gesehen

In der Nähe des Lützowplatzes gehe ich mit Ellen Wilkinson, der englischen Labourabgeordneten durch die lautlosen und verlassenen Strassen. Ellen ist eine der edelsten Frauen, die je die Politik bevölkert haben. 1945 wurde sie Unterrichtsminister im Kabinett Attlee. Zwei Jahre später war Ellen Wilkinson tot. Ich sehe sie heute noch, am Abend dieses 30. Januar 1935 in Berlin, wortlos, neben mir, Tränen in den Augen, ersetzt von barbarischen Aufmarsch, der für sie bereits den Krieg ankündigte. Ich muss sie trösten. Wir gehen zur "Taverne", dem Abendlokal der auswärtigen Journalisten in der Martin Luther-Strasse. Der bedeutendste von ihnen, Ebutt von der Londoner "Times", sass bereits hinter seinem Glas Bier, das ihm Herr Lehmann, der Inhaber, ständig neu füllte. Fritz Voigt vom "Manchester Guardian" ist da. Die Gaststube war gefüllt. Lehmann sagte mir, ich werde auf der Strasse erwartet. Ich gehe hinaus. Kei Mensch zu sehen. Ich gehe zurück. Als ich die Schiebetür hineindrehen will, drückt jemand von innen nach aussen. Ich weiche zurück. Knickerbocker, der berühmte amerikanische Reporter, steht vor mir, zieht mich abseits und flüstert: "Kommen Sie nicht wieder herein. Ein Tisch mit SS-Leuten sitzt drinnen. Sie stehen auf der Liste. Sie werden verhaftet. Seiften Delmer hat sie gestern bei Göring gesehen. In den Arbeitervierteln sollen in jeder Strasse zwei, drei ermordet und dreissig, vierzig blutig geschlagen werden". Ich übernachtete bei Ebutt, der zwei Jahre später aus Graz über das Hitlerregime und das Unverständnis seiner Zeitungen den Verstand verlor.

Am nächsten Tage bereits rollen die Lastwagen durch Berlin, voll geladen mit verhafteten und zerschundenen Arbeitern. Die Jagd der "Komune" nach Kommunisten und Sozialdemokraten, der Terror hat begonnen. Aus den weissen verbundenen Köpfen der Verhafteten fliesst Blut. Eine Jüdin kommt zu Ebutt. Ihr Sohn, ein Student, ist in ein SA-Lokal geschleppt und mit Eisenstangen erschlagen worden. In den SA-Lokalen fliesst der Schnaps. So fing es an.

Als Ersatz Franco-Spanien ?

sp - Was tut sich zwischen Paris und Madrid? Eine bemerkenswerte Aktivität zwischen de Gaulle und Franco, dem Diktator Spaniens, ist im Gange. Dem gegenwärtigen Spanienbesuch des französischen Innenministers Frey werden Reisen anderer französischer Politiker folgen, und es wird sogar von der Abhaltung französisch-spanischer militärischer Manöver gesprochen. Offensichtlich richtet der französische Staatschef ein verstärktes Augenmerk nach Madrid, nachdem zwischen Frankreich und Spanien keine Rivalitäten in bezug auf Nordafrika mehr bestehen. De Gaulle und Franco begegnen sich in dem Wunsch, eine Europa-Politik zu betreiben, in der Spanien eine maßgebende Rolle mitepielen kann. Schon vor Jahren liess Franco offizielle Fühler in Richtung einer Aufnahme Spaniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ausstrecken, ein Begehren, das nicht gerade günstige Aufnahme bei den meisten EWG-Staaten fand. Hofft er nun, bei de Gaulle einen Befürworter zu finden, und glaubt der französische Staatspräsident, durch eine Aufnahme Franco-Spaniens seine Stellung stärken zu können?

In der gegenwärtigen Lage, so wie sie sich während der qualvollen Verhandlungen in Brüssel abzeichnet, fehlt wohl jede Aussicht auf eine Verwirklichung der Pläne beider Staatsmänner. Für die Mehrzahl der Regierungen in den EWG-Staaten ist die Vorstellung, das Tor zur Aufnahme Grossbritanniens zu verschliessen, aber für Franco-Spanien offen zu halten, untragbar. Franco-Spanien kann niemals ein Ersatz für Grossbritannien sein. Hier stösst die Aktivität de Gaulles auf unüberwindliche Grenzen, sie findet in den psychologischen und politischen Realitäten keinen Widerhall. Hier verfolgt der vielgerühmte Realitätssinn des französischen Staatspräsidenten ein Ziel, das sich nicht verwirklichen lässt. So lange Franco dem spanischen Volk die Menschenrechte verweigert, die spanische Demokratie in den Untergrund verbannt, so lange bleibt ein Beitritt Spaniens undiskutabel. Alle Bemühungen für Franco, das Terrain zu sondieren und in Richtung einer Aufnahme Spaniens in die EWG zu wirken, kommen einem Verrat an der spanischen Demokratie und dem spanischen Volke gleich.

Alles wohlbestellt ?

Kieler Regierungskrise in Permanenz

Kr. - Ale Kai-Uwe von Hassel in Kiel den Stuhl des Ministerpräsidenten verließ, um in Bonn den des Bundesverteidigungsministers zu besetzen, prägte er noch das Wort, daß er sein Haus Schleswig-Holstein wohlbestellt hinterlasse. Zweifellos ist das ein recht werbewirksamer Ausspruch für die CDU gewesen, der indes den tatsächlichen Begebenheiten in Schleswig-Holstein nicht gerecht wird.

Im nördlichen Bundesland, das seinen Etat noch wie vor zu 50 Prozent aus den Kassen des Bundes und der wohlhabenden Länder decken muß, herrscht nun schon seit der Landtagswahl vom 23. September eine Regierungskrise in Permanenz, und sie wird mindestens noch bis zum 1. Mai anhalten. Eine so lange währende Unsicherheit in den Regierungsgeschäften eines Bundeslandes hat es bisher noch nicht gegeben.

Bei der Landtagswahl konnten die Koalitionspartner CDU und FDP die Zahl ihrer Mandate von bisher 36 auf nunmehr 59 von insgesamt 69 Parlamentssitzen erhöhen und damit eigentlich die Tätigkeit einer stabilen Regierung einleiten, wenn auch die Sozialdemokraten von 26 auf 29 Sitze anstiegen und eine noch kräftigere Opposition wurden. Tatsächlich aber zerbrach die bisherige Koalition, weil die CDU unter Kai-Uwe von Hassel nicht bereit war, der FDP, deren Mandatszahl von drei auf fünf anstieg, neben dem schon innegehabten Justizministerium ein weiteres voll gültiges klassisches Ressort anzubieten.

So entschloß sich von Hassel zur Führung eines CDU-Minderheits-Kabinetts, ein Novum in der Geschichte der deutschen Länder. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da die Etatberatungen für 1963 begannen, die dann immer wieder hinausgezögert werden mußten. Dieser Haushalt wird zum ersten Mal seit rund zehn Jahren ein Defizit ausweisen. Es war kaum zu begreifen, wie von Hassel mit einem Minderheits-Kabinetts und schwierigen Haushaltsberatungen über die Kunden kommen wollte. Außerdem sollte die Umstellung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft auf EWG-Perspektiven beginnen.

Als von Hassel dann zur Wahl als Bundesverteidigungsminister sein Ja-Wort gab, stand sein Nachfolger noch nicht fest. Die Schilderung der Diadochen-Kämpfe in der CDU-Fraktion und im Minderheitskabinett über die Nachfolge könnte Seiten füllen. Schließlich wurde Lemke, der bisherige Innenminister, von der Fraktion mit nur 17 ihrer 34 Stimmen zum neuen Regierungschef vorgeschlagen. Dabei gab es nicht einmal einen Gegenkandidaten. Bei der Landtagsabstimmung erhielt Dr. Helmut Lemke nur 35 von 68 Mandaten, was bedeutet, daß nicht einmal die mühselig neu gekittete Koalition aus CDU und FDP vollzählig für den neuen Regierungschef stimmte. Noch peinlicher wird es für die durch von Hassel hinterlassene spannungsgeladene CDU, wenn man weiß, daß alle fünf FDP-Abgeordneten für Lemke stimmten, seine Ablehnung also in der CDU sehr stark ist.

Aber damit ist die wenig stabile Regierungssituation in Schleswig-Holstein noch längst nicht überwunden. Lemke führt auch das Innenministerium, weil in den Reihen seiner Partei sich keine Persönlichkeit abzeichnet, die als Innenminister geeignet wäre. Die Amtszeit des Finanzministers Dr. Hartwig Schlegelberger mußte bis zum 30. April befristet werden, weil die Freien Demokraten dieses Ministerium mit ihrem Staatssekretär im Bundesschatzministerium, dem früheren Amtschef im Kieler Finanzministerium, Hans-Helmut Qualen, besetzen wollen. Ausserdem ist es Lemke nicht gelungen, der Wirtschaftsminister Hermann Böhrnsen (CDU), einen biederen Handwerksmeister, hinauszusetzen, weil er sich Resolutionen von den Handwerksverbänden für sein Verbleiben im Amt geben ließ.

Da Lemke allen CDU-Ministern ferner mitgeteilt hat, sie könnten nur bis zum 30. April im Amt bleiben, wird abermals eine Umbildung und eine Unsicherheit in einer Regierung eintreten, die ohnehin nur Minister auf Zeit besitzt.

Taktik oder Neuorientierung

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die mit der Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow auf dem SED-Parteikongreß in Ostberlin in Aussicht gestellte Entdramatisierung des Deutschland- und Berlinproblems ist in Belgrad mit Befriedigung vermerkt worden. Dürfte doch damit die Gretchenfrage an die jugoslawische Deutschlandpolitik, wie sich Belgrad im Falle der Unterzeichnung eines separaten Friedensvertrages mit der "DDR" verhalten würde, in nächster Zukunft nicht so bald wieder gestellt werden. Die von der jugoslawischen Regierung zu diesem Problem nicht selten herbeigesehnte Atempause scheint Wirklichkeit zu werden, was eigentlich einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad nur nützlich sein könnte.

Der Chef der Delegation des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) beim SED-Kongreß, Veljko Vlahović, hat bis zu einem gewissen Ausmaß von diesem sowjetischen Wandel bereits profitiert, indem er in dieser heiklen Frage selbst keine angedeutete politische Stellung beziehen mußte. Seine Äußerungen zum deutschen Problem ließen nicht auf die geringste Änderung der jugoslawischen Deutschlandpolitik schließen. Umso überraschender kam das außerordentlich betonte ideologische Engagement gegen die Bundesrepublik. Dies mag vielleicht damit zu erklären sein, daß die Jugoslawen glaubten, ihren nach internationaler Aufrüstung dürstenden ostdeutschen Gastgebern für die seit fünfzehn Jahren erstmals wieder an den BdKJ ergangene Einladung, an Kongreß einer kommunistischen Partei des Ostblocks teilnehmen zu dürfen, ein Gegengeschenk schuldig zu sein.

Diese naheliegende Deutung deckt sich jedoch nicht mit den Vorgängen hinter den Kulissen anlässlich der an den BdKJ ergangenen Einladung. Wie erst jetzt bekannt wird, lautete nämlich die erste ostdeutsche Offerte nur auf die Entsendung einer jugoslawischen Beobachterdelegation. In Belgrader Ostblockkreisen wird dies einstimmig damit erklärt, daß man auf diese Weise den Jugoslawen entgegenkommen wollte. Einerseits sollte auf Belgrads gutes Verhältnis zum Westen

29. Januar 1963

Rücksicht genommen werden, für den die vorbehaltlose Annahme der Einladung eine gewisse Ernüchterung darstellen mußte, andererseits sollten insbesondere die offenen Probleme zwischen Belgrad und Bonn nicht belastet werden. Erst als die jugoslawischen Kommunisten den Beobachterstatus ablehnten, folgte umgehend der Vorschlag, der BÄK solle eine offizielle Delegation nach Ostberlin entsenden.

Die daraufhin unter westlichen Diplomaten in Belgrad verbreitete Version, die Jugoslawen gingen nach Ostberlin in erster Linie nur deswegen, um die "liberalen" Strömungen in der SED zu stützen, kann nur insofern ernst genommen werden, als damit zugegeben wird, daß eine Festigung dieser Tendenzen in der "DDR" mehr als notwendig ist. Dies hat man vor noch gar nicht langer Zeit unmißverständlich der gesamten jugoslawischen Öffentlichkeit zu verstehen gegeben.

Daß es den jugoslawischen Kommunisten vielmehr darum gegangen sein dürfte, endlich aus der jahrelangen Parteieolierung herauszukommen, ist naheliegender. Und so verständlich es sein mag, daß man hierfür den Schönheitsfehler in Kauf nahm, mit dem Stalinisten Ulbricht beginnen zu müssen, ist doch der von den Jugoslawen gezahlte Preis auch in anderer Hinsicht recht hoch. Vlahović's Rede verrät mit nichts mehr den Stolz auf den "eigenen Weg zum Sozialismus".

Dies mag Taktik gewesen sein. Aber ebenso, wie diese Erscheinung aufmerksame Beobachtung verdient, sollte mit Vorsicht abgewartet werden, ob die ideologischen Kongreßangriffe der Jugoslawen gegen die Bundesrepublik gleichfalls nur ein taktisches Manöver darstellen, oder nicht etwa stärker als bisher die Belgrader Deutschlandpolitik beeinflussen werden, wenngleich dies von der Logik der Sache her eher unwahrscheinlich erscheint.